



Unternehmer fordern den Bau von Gaskraftwerken

AKW-Ersatz Nach dem Aus des Rahmenabkommens empfehlen Wirtschaftsvertreter ein Übergangs-Stromabkommen mit der EU.

Charlotte Walser

Als sich die Allianz «Kompas/Europa» formierte, war ihr Ziel, das Rahmenabkommen mit der EU zu verhindern – ein Abkommen, für das sich andere Teile der Wirtschaft starkmachten. Die über 1500 Mitglieder des Vereins waren der Auffassung, die Souveränität der Schweiz würde zu stark beschnitten.

Mit dem Aus des Abkommens sieht die Allianz ihren Zweck aber nicht erfüllt: Sie will sich konstruktiv einbringen, wie Geschäftsführer Philip Erzinger gestern vor den Medien in Bern sagte – mit Lösungsvorschlägen zu Problemen, die nach dem Aus des Rahmenabkommens entstehen.

Dazu gehört die Stromversorgung: Ein Stromabkommen mit der EU wurde ausgehandelt und dann auf Eis gelegt, weil die EU ohne **Rahmenabkommen** keine neuen Marktzugangsabkommen abschliessen will. Damit besteht die Gefahr, dass die Schweiz künftig weniger Strom importieren kann. Aus Sicht der Allianz ist die Versorgungssicherheit nicht mehr gewährleistet. Das Risiko von Blackouts nehme zu, sagte Hans Schweickardt, der ehemalige CEO des Stromunternehmens Alpiq.

Lösungsvorschläge hat die Investmentfirma Partners Group erarbeitet, deren Mitbegründer Alfred Gantner zu den führenden Köpfen von «Kompas/Europa» gehört. Die Allianz empfiehlt, dass die Schweiz auf Basis eines technischen Stromabkommens mit der EU eine Übergangslösung

aushandelt – inklusive institutioneller Regelungen für diesen Bereich. Um den Selbstversorgungsgrad in den Wintermonaten zu erhöhen, fordert die Allianz den Bau von Gaskombikraftwerken, und zwar schnellstmöglich. Die Pläne des Bundes beruhen aus ihrer Sicht auf «Irrtümern und Falschannahmen». Vor allem unterschätze der Bund den steigenden Strombedarf aufgrund der Elektrifizierung der Mobilität.

Strategische Reserve

Das Departement von Energieministerin Simonetta Sommaruga geht zwar von einer stabilen Versorgungssituation bis 2035 aus, wie es in der Botschaft zum Stromversorgungsgesetz heisst, das der Bundesrat im Juni zuhänden des Parlaments verabschiedet hat. Doch auch für Sommaruga ist klar, dass die Kapazitäten zur Stärkung der Versorgungssicherheit im Winter ausgebaut werden müssen. Der Bundesrat schlägt eine strategische Energiereserve vor.

Wegen des Netto-null-Ziels kommen nur klimaneutrale Lösungen infrage. Im Vordergrund steht die Grosswasserkraft: Anders als «Kompas/Europa» sieht der Bundesrat hier noch Ausbaupotenzial. Er schliesst auch Gaskraftwerke nicht aus, wenn sie klimaneutral eingesetzt werden – sofern dies nötig ist. Die Elcom erarbeitet im Auftrag des Bundes ein Konzept dazu.

«Kompas/Europa» setzt mittelfristig ebenfalls auf klima-

freundliche Gaskraftwerke – dank technischer Lösungen wie CO₂-Filterung, Biobrennstoffen oder CO₂-Kompensation. Da die Kraftwerke nicht rentabel wären, müsste ein staatliches Förderprogramm geschaffen werden. Nach Berechnung der Allianz würde dies den Strompreis um etwa 4 Prozent oder 0,65 Rappen pro Kilowattstunde verteuern.

Bisher habe der Bund den Eindruck vermittelt, dass die Lösung aus Windrädern und Solaranlagen bestehe, sagte Erzinger. «Aber alle wissen, dass das nicht reichen wird.» Diese Einschätzung teilt die SVP. Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher forderte im Sommer den Bau neuer AKW – ein Vorschlag, der für «Kompas/Europa» allerdings nicht infrage kommt.

Die Linke stellt sich nicht kategorisch gegen Gaskombikraftwerke. Allerdings nur im Rahmen einer Dekarbonisierungsstrategie, wie SP-Nationalrat Roger Nordmann sagt. Als «naiv» bezeichnet er den Vorschlag eines Interimsabkommens mit der EU. Das ziele am Punkt vorbei, findet auch SP-Europapolitiker Eric Nussbaumer. Das Problem sei nicht eine technische Lösung für Notfälle, sondern der Zugang zum EU-Strombinnenmarkt – und dieser sei nicht mit einem solchen Abkommen zu haben. Ausserdem stelle sich die Frage, was danach käme. Hier bleibe «Kompas/Europa» die Antwort schuldig. Der Allianz fehle der Kompass.